

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21.09.2010

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 20:15 Uhr

Anwesend sind:

| | | |
|----------------------------------|-----------------------|-------------------------|
| Herr Bernhard Bönisch | CDU | 16:30 Uhr bis 18:45 Uhr |
| Herr Werner Misch | CDU | 16:30 Uhr bis 20:15 Uhr |
| Herr Raik Müller | CDU | 16:30 Uhr bis 20:15 Uhr |
| Herr Swen Knöchel | DIE LINKE. | 16:30 Uhr bis 20:15 Uhr |
| Herr Dr. Bodo Meerheim | DIE LINKE. | 16:30 Uhr bis 20:15 Uhr |
| Frau Elisabeth Nagel | DIE LINKE. | 16:30 Uhr bis 20:15 Uhr |
| Frau Katharina Hintz | SPD | 16:30 Uhr bis 20:00 Uhr |
| Herr Johannes Krause | SPD | 16:30 Uhr bis 20:15 Uhr |
| Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber | FDP | 16:30 Uhr bis 20:15 Uhr |
| Herr Tom Wolter | MitBÜRGER für Halle | 16:30 Uhr bis 20:15 Uhr |
| Herr Dietmar Weihrich | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 16:30 Uhr bis 20:15 Uhr |

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt:

- Beantwortung der mündlichen Anfrage im Hauptausschuss am 16.06.2010 zur
lohnsteuerlichen Behandlung der Überlassung von Laptops an die Stadträte
- Beantwortung der mündlichen Anfrage im Finanzausschuss am 15.06.2010 zur
Bezahlung von Gutachten im Zusammenhang mit der Besetzung des
Aufsichtsgremiums der HWG mbH
- Beantwortung der mündlichen Anfrage im Finanzausschuss am 17.08.2010 zum
Verkaufsstand der Grundstücke für die Haushaltskonsolidierung

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21. September 2010 - öffentlicher Teil

- Beantwortung der mündlichen Anfrage im Finanzausschuss am 17.08.2010 zur Theater, Oper und Orchester GmbH
- Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II mit Stand vom 20.09.2010
- Information über Veränderungen der Ansätze Nachtrag 2010 im Verwaltungshaushalt des Dezernates IV (abgestimmte Kürzung im Bereich freiwilliger Leistungen im Amt 50)

(Hinweis: Diese Unterlagen sind als externe Dokumente auch im Session eingestellt.)

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorlagen

5.11. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "GS Am Heiderand" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09061

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Integrierte
5.12. Gesamtschule" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09062

wurden von der Verwaltung zurückgestellt.

Die Verwaltung bat, die Vorlage

Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Finanzierung von Drogen- und Suchtberatungsstellen im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09193

in die Tagesordnung aufzunehmen. Die Vorlage wurde am 17.9. inklusive der Begründung der Dringlichkeit versandt.

Abstimmungsergebnis über die Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage in die Tagesordnung:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde beschlossen:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 17.08.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Jahresabschluss 2009 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: V/2010/08887
 - 5.2. Jahresabschluss 2009 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: V/2010/09066
 - 5.3. Jahresabschluss 2009 der ARGE SGB II Halle GmbH
Vorlage: V/2010/09108
 - 5.4. Jahresabschluss 2009 der Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH
Vorlage: V/2010/09109
 - 5.5. Jahresabschluss 2009 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: V/2010/08927
 - 5.6. Wirtschaftsplan 2011 Kindertagesstätten der Stadt Halle
Vorlage: V/2010/08999
 - 5.7. Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept
Vorlage: V/2010/09122
 - 5.8. 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09025
 - 5.9. Schließung des Sommerbades Ammendorf und Entwidmung als öffentliche Einrichtung
Vorlage: V/2010/08810
 - 5.10. Genehmigung von drei außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen für das Vorhaben "Schwimmhalle Robert-Koch-Straße, Ersatzneubau" und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für das Vorhaben "Konzerthalle, Südwand" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09113
 - 5.11. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "GS Am Heiderand" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09061
 - 5.12. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Integrierte Gesamtschule" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09062
 - 5.13. Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Finanzierung von Drogen- und Suchtberatungsstellen im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09193
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21. September 2010 - öffentlicher Teil

- 6.1. Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat
Vorlage: V/2010/08557
- 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat vom 05.01.2010 (V/2010/08557)
Vorlage: V/2010/09106
- 6.2. Antrag des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU) zum Saalhornmagazin
Vorlage: V/2010/08944
- 6.3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Zahnrettungsboxen für alle halleschen Kindertagesstätten
Vorlage: V/2010/08957
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
9. mündliche Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 17.08.2010

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 17.08.2010 wurde genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurden folgende abschließende Beschlüsse gefasst:

- zu 3.2 Verkauf eines kommunalen Grundstückes
Vorlage: V/2010/09008

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstückes Philipp-Müller-Straße 78 (Gemarkung Halle, Flur 02, Flurstück 32/9 und 505/32) an die Vleugels GbR, Am Sportlerheim 03 in 06408 Baalberge zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

- zu 3.4 Belastung eines Erbbaurechtes mit Grundschulden
Vorlage: V/2010/09047

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt, die Stadtverwaltung gemäß Beschlussvorlage zu ermächtigen, der Belastung des Erbbaurechtes für das Grundstück Hans-Dittmar-Straße 10 (Gemarkung Trotha, Flur 30, Flurstück 163) durch die Bestellung von Grundschulden bis zur Höhe von 536.000,00 € (in Worten: fünfhundert-sechsdreißigtausend) nebst Zinsen und Nebenleistungen zuzustimmen.

- zu 3.5 Abtretung und Erlass rückständiger Erbbauzinsen
Vorlage: V/2010/09048

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften stimmt der Abtretung rückständiger Erbbauzinsforderungen der Stadt in Höhe von 184.627,49 € aus dem Erbbaurecht Tiefgarage Händelhalle gegen die Erbbauberechtigte, die Immobiliengesellschaft Tiefgarage Händelforum Dr. Bachmann KG mit Sitz in Leipzig, an die Erwerberin des Erbbaurechtes, die W.K. Verwaltungsgesellschaft mbH mit Sitz in Bad Nauheim, gegen Zahlung von 40.000,00 € zu.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Jahresabschluss 2009 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH Vorlage: V/2010/08887

Auf Nachfrage von Herrn Wehrich zum Stand der Bildung des Beirates erläuterte Herr Voß, dass im Fachforum Politik eine Vereinigung von Vertretern aus Politik und Wirtschaft mit beiratsgleichem Charakter gebildet wurde. Es seien jeweils ein Vertreter der Fraktionen und die Vorsitzenden der relevanten Fachausschüsse des Rates vertreten.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 03.05.2010:

1. Die Gesellschafter beschließen die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2009 mit einer

| | | |
|----------------------|-----------------|-----------|
| Bilanzsumme von | 274.260,95 Euro | und einem |
| Jahresfehlbetrag von | 34.804,45 Euro. | |

2. Die Gesellschafter beschließen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von Euro 34.804,45 mit dem bestehenden Gewinnvortrag von Euro 116.370,93 zu verrechnen und den Betrag von Euro 81.566,48 auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Die Gesellschafter beschließen die Entlastung des Geschäftsführers (Herrn Stefan Voß) für das Geschäftsjahr vom 01.01.2009 bis 31.12.2009.

zu 5.2 Jahresabschluss 2009 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: V/2010/09066

Herr Dr. Meerheim bat um getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte. Bei der Abstimmung zu Punkt 5 übernahm Herr Bönisch die Sitzungsleitung. Es wurden keine Nachfragen gestellt.

Abstimmungsergebnis Punkt 1 - 4:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Punkt 5:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2009 wird in der von der WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 30. April 2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

| | | |
|-------------------------------|-----|-----------------|
| Der Jahresüberschuss beträgt: | EUR | 7.653.336,78. |
| Die Bilanzsumme beträgt: | EUR | 345.212.988,07. |

2. Nach vorgenommener Einstellung von 10 % des Jahresüberschusses in die satzungsmäßigen Rücklagen werden vom Bilanzgewinn EUR 5.088.572,58 an die Gesellschafterin ausgeschüttet.
3. Der verbleibende Bilanzgewinn in Höhe von EUR 1.986.718,37 wird als Gewinn auf das Geschäftsjahr 2010 vorgetragen.
4. Der Geschäftsführerin der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH, Frau Jana Kozyk, wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

5. Dem Aufsichtsrat der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

zu 5.3 Jahresabschluss 2009 der ARGE SGB II Halle GmbH
Vorlage: V/2010/09108

Frau Hinz nahm auf eigenen Wunsch nicht an der Abstimmung teil.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der ARGE SGB II Halle GmbH vom 12.08.2010:

1. Der von der Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2009 wird in der von der Henschke und Partner GbR geprüften und am 04.06.2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

| | |
|------------------------------|---------------|
| Der Jahresüberschuss beträgt | 0,00 €. |
| Die Bilanzsumme beträgt | 310.428,18 €. |

2. Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.
3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

zu 5.4 Jahresabschluss 2009 der Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH
Vorlage: V/2010/09109

Herr Wöllenweber nahm auf eigenen Wunsch nicht an der Abstimmung teil.

Auf Nachfrage von Herrn Wolter erläuterte Herr Dr. Pohlack, dass die Vorlage bezüglich des weiteren Vorgehens mit dem MMZ im November in die Gremien des Stadtrates eingebracht werde. Außerdem verwies er auf die Beantwortung einer Anfrage in der Sitzung des Stadtrates am 29.9.2010.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Gesellschafterbeschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführerin der Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2009 wird in der von der Brennecke & Wodausch Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 23.06.2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

| | |
|------------------------------|------------------|
| Der Jahresfehlbetrag beträgt | 501.304,53 €. |
| Die Bilanzsumme beträgt | 31.007.726,45 €. |

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 501.304,53 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2009 entlastet.

**zu 5.5 Jahresabschluss 2009 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: V/2010/08927**

Auf Hinweis von Herrn Knöchel, dass die Anlage 6 Seite 3 - Anlagen im Bau - Wittekind - nicht den Tatsachen entspreche, weil zum Bilanzstichtag bereits feststand, dass das Projekt so nicht umgesetzt werde, führte Herr Neumann aus, dass das Projekt noch nicht vollständig abgeschlossen sei. Es könne sein, dass ein Dritter von den vorliegenden Planungen profitiere. Im nächsten Jahresabschluss könne das Ergebnis berücksichtigt werden.

Herr Knöchel wies ausdrücklich darauf hin, dass die Bilanz in dieser Position nicht nach den handelsrechtlichen Grundsätzen aufgestellt sei.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von dem Geschäftsführer der Zoologischer Garten Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüferin Frau Uta Harning geprüfte und am 15.04.2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2009 wird festgestellt.

| | |
|------------------------------|------------------|
| Der Jahresfehlbetrag beträgt | 1.859.197,29 €. |
| Die Bilanzsumme beträgt | 34.915.305,33 €. |

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21. September 2010 - öffentlicher Teil

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.859.197,29 € wird mit der Kapitalrücklage von 13.702.351,14 € verrechnet.
3. Dem Geschäftsführer, Herrn Andreas Jacob, wird für das Jahr 2009 die Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Beirates wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.
5. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

zu 5.6 Wirtschaftsplan 2011 Kindertagesstätten der Stadt Halle **Vorlage: V/2010/08999**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Knöchel, Herr Wehrich und Herr Kreisel.

Aufgrund von Nachfragen erläuterte Herr Kreisel, dass die Ausgaben für die Altersteilzeit ansteigen, weil mehr Kollegen in die passive Zeit wechseln. Das Absenken der Personalkosten könne vollzogen werden, da die Personalkosten nach dem Tarifabschluss nicht in der wie in 2010 prognostizierten Höhe eingetreten seien. Er bestätigte, dass auch durch die von der Verwaltung geplante organisatorische Änderung (Anstalt des öffentlichen Rechts) keine wesentlichen Änderungen am Wirtschaftsplan zu erwarten seien. Die geplanten Beiträge zur Haushaltskonsolidierung konnten aufgrund des zeitlichen Aspektes noch nicht in den Wirtschaftsplan einfließen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2011 Kindertagesstätten der Stadt Halle in vorliegender Fassung zu.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle 1.4640.6750 Erstattung an Kindertagesstätten der Stadt Halle 2.818.173 €
Haushaltsstelle 1.4640.7150 Zuschuss Kindertagesstätten der Stadt Halle 23.007.578 €

zu 5.7 Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und **Haushaltskonsolidierungskonzept** **Vorlage: V/2010/09122**

An der sehr ausführlichen Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Krause, Herr Bönisch, Herr Wehrich, Herr Knöchel, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Geier, Herr Dr. Pohlack, Herr Neumann und Herr Lork.

Diskussion zur Vorlage als TOP

Herr Geier betonte, dass die Verwaltung mit ihrer vorgeschlagenen Zeitkette sowohl die Vorgaben durch das Landesverwaltungsamt als auch die Absprachen in der Fraktionsvorsitzendenrunde reflektiere. Er bot einen umfangreichen Sachvortrag an. Außerdem betonte er, dass die einzelnen Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung noch in die Detaildiskussion der Ausschüsse gehe und die Gremien des Stadtrates und der Stadtrat selbst noch einmal beteiligt werden. Dieses Verfahren sei aus der Vergangenheit bekannt. Das Haushaltskonsolidierungskonzept werde die Arbeitsgrundlage für die nächsten Monate sein. Im eigentlichen Nachtragshaushalt seien wenige Positionen geändert worden. Zu der vorgelegten Haushaltskonsolidierung IV wurde durch die BMA noch ein Entschuldungsansatz vorgelegt, der nicht in kurzer Zeit bearbeitet, geprüft und diskutiert werden könne. Für die Diskussion dieser Themen werde eine Arbeitsgruppe gebildet und auch die Politik stark eingebunden, um den Konzerngedanken der Betrachtung des Haushaltes der Stadt Halle (Saale) stärker als bisher zu berücksichtigen. Er betonte ebenso den Zusammenhang von Nachtragshaushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept. Der Beschluss sei auch sehr wichtig für den Haushaltsplan 2011.

Die Diskussion rankte sich um die Frage, ob die Beratung der Vorlage in den Fachausschüssen sinnvoll und geboten sei und die Auswirkungen der Verschiebung des Beschlusses auf die Freien Träger. Einige Mitglieder befürchteten eine zu starke Bindung an den Beschluss bei den vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen der HHKonsolidierung ohne genaue Prüfung.

Nach umfassender Diskussion erfolgte die Abstimmung über die Empfehlung des Finanzausschusses.

Abstimmungsergebnis über die Empfehlung:

10 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Ergebnis / Empfehlung:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt der Verwaltung, zur Beschlussfassung der Nachtragssatzung, Nachtragssatzung 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept - Vorlage V/2010/09122 das Verfahren anzuwenden, was auch im normalen Haushaltsplanverfahren seit Jahren Anwendung findet: Beratung in den Fachausschüssen, Information an und Beratung im Finanzausschuss, ggf. Beratung im Hauptausschuss und Beschlussfassung im Rat. Zielsetzung für die Beschlussfassung im Stadtrat zum Nachtrag 2010 = Oktober 2010

Die Mitglieder baten die Verwaltung, dass kompetente Vertreter an den Ausschusssitzungen teilnehmen, um die auftretenden Fragen unmittelbar zu beantworten.

Weiterhin bat der Finanzausschuss die Fachausschüsse darum, eventuell Sondersitzungen durchzuführen, damit bis zur Sitzung des Finanzausschusses am 19.10.2010 alle Beratungen zum Nachtragshaushalt 2010 abgeschlossen sind.

Inhaltliche Diskussion zur Vorlage

Herr Geier bestätigte den Hinweis von Herrn Bönisch, dass die Überschrift zur Schülerbeförderung zum Verwaltungshaushalt 2010 (Seite 7) fachlich nicht richtig gewählt

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21. September 2010 - öffentlicher Teil

wurde. Die Maßnahme wirke zwar gegen das strukturelle Defizit, aber nur einmal in 2010. Er wies darauf hin, dass die großen Maßnahmen des Nachtragshaushaltes 2010 meist nur einmalige Wirkung haben.

Es wurden die Quartalsanalysen angemahnt. Herr Geier sagte eine Information über die Entwicklung der Steuern zu. Aus der Betrachtung der Stadt als Konzern folge bei einigen Maßnahmen ein Null-Summen-Ergebnis (siehe Schülerbeförderung).

Auf Nachfrage erläuterte Herr Geier, dass die Kürzung des Budgets für NKHR ohne negative Folgen möglich sei, da der Einführungszeitraum der Doppik auf das Jahr 2012 verschoben wurde. Weiterhin gab Herr Geier Erläuterungen zu den Kürzungen bei KP II. Die Planung für die FAG-Mittel für 2012 wurde aus Gründen des notwendigen aufgabenbezogenen Finanzausgleiches so vorgenommen.

Zur Modellrechnung (letzte Seite) wurde durch die Ausschussmitglieder betont, dass die eingestellten geplanten Zahlen unbedingt mit den betroffenen Unternehmen abgeglichen werden müssen, um eine tragfähige Basis des Haushaltes der Stadt zu erhalten.

Herr Geier betonte, dass die Abstimmungen mit den Unternehmen geführt wurden / werden und die Geschäftsführungen die Untersetzung der Vorgaben mit ihren entsprechenden Aufsichtsräten diskutieren. Die Vorgabe des Landesverwaltungsamtes bezüglich des Ausgleiches des Altdefizits sei auf das Jahr 2015 fixiert. Die Betrachtung der Jahre 2016 - 2024 habe erläuternden Charakter zur Wirkungsweise des angestrebten Paradigmenwechsels.

Herr Lork begrüßte den Paradigmenwechsel der Verwaltung, den Abbau des strukturellen Defizits nicht nur durch die Veräußerung von Vermögen zu erreichen. Der Stadt stehe als Gesellschafterin eine gewisse Renditeerwartung ihrer Beteiligungen zu.

(18:45 Uhr - Herr Bönisch verließ die Sitzung.)

Ein Mitglied gab zu bedenken, dass die Betriebsfelder der städtischen Unternehmen auf dem freien Markt stark umkämpft seien. Mit dem durch die Verwaltung vorgelegten Haushaltskonsolidierungskonzept werde der Auflage des Landesverwaltungsamtes bezüglich der Verwendung der VNG-Gelder nicht entsprochen. Aufgabe des Finanzausschusses sei es, die durch die Verwaltung vorgelegten Zahlen auf ihren Realitätssinn zu prüfen und, wenn nötig, anzupassen.

(19:00 Uhr - 15 Minuten Pause)

zu 5.8 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2010/09025

Es wurde keine Diskussion gewünscht. Herr Dr. Meerheim nahm an der Abstimmung nicht teil.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale).

**zu 5.9 Schließung des Sommerbades Ammendorf und Entwidmung als öffentliche Einrichtung
Vorlage: V/2010/08810**

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass das Sommerbad Ammendorf geschlossen wird. Das Flurstück 6/53 (Gemarkung Ammendorf; Kurt-Wüsteneck-Straße 26) wird als öffentliche Einrichtung gemäß § 2 Abs. 1 S. 2 i. V. m. § 44 Abs. 3 Nr. 9 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung vom 10. August 2009, zuletzt geändert am 13. April 2010, aufgelöst.

Finanzielle Auswirkung:

Verwaltungshaushalt

Bis zur Veräußerung der Liegenschaft sind auch nach der Schließung des Sommerbades Ammendorf Ausgaben für

| | Haushaltsstelle | Ist 2009 |
|-------------------------------|-----------------|--------------------|
| Erhaltung des Baumbestandes | 1.5710.518000 | 1.640,00 € |
| Straßenreinigungsgebühren | 1.5710.540100 | 169,65 € |
| Abschreibungen | 1.5710.680000 | 31.765,92 € |
| Verzinsung des Anlagekapitals | 1.5710.685000 | <u>19.567,32 €</u> |
| | gesamt | <u>53.142,89 €</u> |

im Verwaltungshaushalt zu planen.

Vermögenshaushalt

Ausgaben im Investitionshaushalt entstehen nach Schließung des Sommerbades Ammendorf nicht.

**zu 5.10 Genehmigung von drei außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen für das Vorhaben "Schwimmhalle Robert-Koch-Straße, Ersatzneubau" und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für das Vorhaben "Konzerthalle, Südwand" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09113**

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt für das Haushaltsjahr 2010 die außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen (VE) für

1. das Vorhaben Schwimmhalle Robert-Koch-Straße, Ersatzneubau, Neubau, Haushaltsstelle 2.5700.941000-013, in Höhe von 351.000 EUR,
2. das Vorhaben Schwimmhalle Robert-Koch-Straße, Ersatzneubau, Außenanlagen, Haushaltsstelle 2.5700.944000-013, in Höhe von 197.300 EUR,
3. das Vorhaben Schwimmhalle Robert-Koch-Straße, Ersatzneubau, Planungsleistungen, Haushaltsstelle 2.5700.949000-013, in Höhe von 137.400 EUR und
4. das Vorhaben Konzerthalle, Südwand, Investitionszuschuss an ZGM – Bauleistungen, Haushaltsstelle 2.6150.985103-004, in Höhe von 136.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus folgenden Haushaltsstellen:

1. 2.6150.987000-016 Stadtsanierung, Stadtumbau, Investitionszuschuss an private Unternehmen, in Höhe von 351.000 EUR,
2. 2.2120.985100-005, Sekundarschulen, Sekundarschule „Johann-Christian-Reil“, Investitionszuschuss an ZGM - Bauleistungen, in Höhe von 197.300 EUR,
3. 2.2120.985100-005, Sekundarschulen, Sekundarschule „Johann-Christian-Reil“, Investitionszuschuss an ZGM - Bauleistungen, in Höhe von 137.400 EUR und
4. 2.6150.985110-004, Konzerthalle, Nordwand, Investitionszuschuss an ZGM - Bauleistungen, in Höhe von 136.000 EUR.

Finanzielle Auswirkungen:

| Haushaltsstellen: | VermHH: |
|-------------------|------------------|
| 2.5700.941000-013 | 351.000 EUR (VE) |
| 2.5700.944000-013 | 197.300 EUR (VE) |
| 2.5700.949000-013 | 137.400 EUR (VE) |
| 2.6150.985103-004 | 136.000 EUR (VE) |
| Deckungen: | |
| 2.6150.987000-016 | 351.000 EUR (VE) |
| 2.2120.985100-005 | 197.300 EUR (VE) |
| 2.2120.985100-005 | 137.400 EUR (VE) |
| 2.6150.985110-004 | 136.000 EUR (VE) |

**zu 5.11 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "GS Am Heiderand" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09061**

Ergebnis:

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

- zu 5.12 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Integrierte Gesamtschule" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09062**
-

Ergebnis:

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

- zu 5.13 Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Finanzierung von Drogen- und Suchtberatungsstellen im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09193**
-

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßige Ausgabe für die Finanzierung von Drogen- und Suchtberatungsstellen, Haushaltsstelle 1.4650.718000, in Höhe von 155.200 EUR.

Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle
1.4650.171100 Suchtberatungsstellen, Zuweisungen vom Land 155.200 EUR.

| | | |
|---------------------------------------|-----------------------------------|-------------------------|
| <u>Finanzielle Auswirkung:</u> | Haushaltsstelle: 1.4650.718000 | VerwHH : 155.200 EUR |
| | Deckung: 1.4650.171100 | 155.200 EUR |

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

- zu 6.1 Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat
Vorlage: V/2010/08557**
-

Die Diskussion wurde gemeinsam mit dem TOP 6.1.1 geführt.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Schachtschneider, Herr Krause, Herr Wehrich, Herr Misch, Herr Knöchel, Herr Dr. Wöllenweber und Herr Dr. Pohlack.

Herr Schachtschneider und Herr Krause begründeten noch einmal ausführlich ihre entsprechenden Anträge.

Herr Schachtschneider führte aus, dass er den Änderungsantrag der SPD nicht übernehme.

Die Diskussion rankte sich zum großen Teil um die Frage der Nutzung dieser Thematik als Wahlkampfthema. Fachlich wurde auf die Kostendeckungsgrade der Friedhöfe der Stadt und die Auswirkungen auf die Gebühren für die Bürger abgehoben.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Beschluss „Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt“ (Vorlage-Nr.: IV/2008/07314) vom 27.08.2008 wird aufgehoben.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat vom 05.01.2010 (V/2010/08557)
Vorlage: V/2010/09106**

Die Diskussion wurde gemeinsam mit dem TOP 6.1.1 geführt.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusspunkt wird wie folgt geändert:

„Der Beschluss „Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt“ (Vorlage-Nr.: IV/2008/07314) vom 27.08.2008 wird bis zum Juni 2011 **ausgesetzt.**“

**zu 6.2 Antrag des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU) zum Saalhornmagazin
Vorlage: V/2010/08944**

Herr Dr. Pohlack informierte, dass für die Sanierung des Saalhornmagazins 400 T € investiert wurden, davon 200 T € Fördermittel. In diesem Bereich seien keine Ufermauern vorhanden, die einstürzen könnten.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Baubeschluss V/2009/08140 vom 20.08.2009 über bauliche Sicherungsarbeiten am Saalhornmagazin wird aufgehoben.
2. Auf die Rekonstruktion und Wiederherstellung des Saalhornmagazins wird verzichtet. Das Gebäude wird abgerissen.
3. Am Standort des Saalhornmagazins wird eine Tafel errichtet, die auf die Geschichte und die Architektur des Gebäudes hinweist.

**zu 6.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Zahnrettungsboxen für alle halleschen Kindertagesstätten
Vorlage: V/2010/08957**

Auf Nachfrage führte Herr Dr. Wiegand aus, dass für die Stadt Halle (Saale) keine finanziellen Auswirkungen entstehen werden, da die benötigten Mittel über Sponsoring eingeworben werden.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass alle halleschen Kindertagesstätten und Schulen mit Zahnrettungsboxen ausgestattet werden.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 9 mündliche Anfragen

ARGE

Herr Wolter und mehrere andere Mitglieder kritisierten, dass die Vorlage:

Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft (ARGE)/SBG II Bereich
Vorlage: V/2010/09065

nicht zur Beratung im Finanzausschuss eingereicht wurde. Sie avisierten, dass dieser TOP von der Tagesordnung im Hauptausschuss genommen und die Vorlage in der FA-Sitzung im Oktober beraten werden solle.

Quartalsberichterstattung

Herr Wehrich mahnte die ausbleibenden Quartalsberichterstattungen über den Haushaltsverlauf an.

Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement

Herr Wehrich führte aus, dass Herr Bielecke informiert habe, dass in 2010 keine Mittel mehr für Reparaturen zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Pohlack informierte, dass für Notreparaturen noch finanzielle Mittel vorhanden seien. Auf Nachfrage von Herrn Misch informierte er weiter, dass die Mitarbeiter durch die Umsetzung der KP II-Maßnahmen arbeitsmäßig ausgelastet seien. Ein großer Teil der Mitarbeiter seien Hausmeister, deren Arbeitsumfang nicht von Sanierungsgeldern abhängt.

Hauptamtsbildung

Auf Nachfrage von Herrn Wolter führte Herr Geier aus, dass nach der Mitbestimmung des Personalrates die organisatorische und personelle Verantwortung für die Bereiche des Hauptamtes aus dem EB ZGM herausgelöst wurden.

zu 10 Anregungen

(20:00 Uhr – Frau Hintz verließ die Sitzung.)

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21. September 2010 - öffentlicher Teil

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin